

## 3 Der Euro-Wahn und seine Nutznießer, Teil 3

Von Hermann Patzak

Die volkswirtschaftlichen Hintergründe und der Wert des erbeuteten Vermögens wurden verschwiegen.

### 3.1 Die verschwiegenen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge

Fassen wir die letzten Erkenntnisse kurz zusammen: Mit dem Aufkauf oder der Beteiligung an den rentabelsten deutschen Unternehmen, wozu vor allem die Exportindustrie gehört, kassieren die ausländischen Aufkäufer auch die Gewinne und den Vermögenszuwachs ein. Die Exporte an die Euro-Krisenstaaten, die diese nicht bezahlen konnten, haben die Bürger der anderen Euro-Staaten übernommen. Die ursprünglichen Gläubiger, meist Banken, sind diese Forderungen los. Die deutschen Steuerzahler sind mit rund 35 bis 40 Prozent als Gläubiger beteiligt. Wieviel sie davon je gezahlt bekommen werden, steht in den Sternen. Man redet ihnen ein, daß sie sich die Euro-Rettung schon etwas kosten lassen müssen, weil sie ja die größten Profiteure des Euro sind.

Das ist völlig absurd in Anbetracht der volkswirtschaftlichen Schäden, die der Euro den Deutschen zuvor zugefügt hat. Aber keiner sagt es. Auch keiner aus der Kaste der deutschen Ökonomie-Professoren, den Eliten einer Wissenschaft, die einmal Nationalökonomie hieß. Die Quasi-Enteignung der Deutschen durch den Aufkauf ihrer leistungsfähigsten Unternehmen war für sie nie ein Problem. Auch nicht für die „Eurokritiker“. Eigentlich müßten auch sie wissen, daß der Euro den Preis deutscher Unternehmen für die Finanzgeier aus USA und England halbiert hatte! Diese Eurokritiker verdanken ihr Ansehen zum großen Teil allein der Tatsache, daß sie die Euro-Rettung und deren Kosten kritisieren. Daß sie aber den Euro selbst nicht in Frage stellen, übersehen ihre Anhänger, die schon damit zufrieden sind, daß einige wenige Ökonomen überhaupt etwas am Euro auszusetzen haben. Dabei ist aber der **Euro selbst auch die Ursache für die Wachstumseinbrüche, Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzdefizite der Euro-Staaten**. Warum?

Jene Staaten, die heute noch immer tief in der Krise stecken, haben anfangs – nach Einführung des Euro – über ihre Verhältnisse gelebt. Sein (für ihre Verhältnisse) eigentlich zu hoher Außenwert erlaubte ihnen ungewohnt billige Importe. Die hatten sie sich vorher nicht leisten können, weshalb sie im eigenen Land produziert wurden. Die günstigen Importe gefährdeten jetzt die inländischen Arbeitsplätze, erlaubten aber der Bevölkerung, über ihre Verhältnisse zu leben. Die Importe wurden nämlich wegen der ungewohnt niedrigen Zinsen, die man ebenfalls der gemeinsamen Währung verdankte, mit Schulden bezahlt. Dieses Geschäftsmodell konnte natürlich nicht auf Dauer funktionieren. Die Finanzkrise deckte 2008 mit einem Schlag auf, daß man in diesen Ländern nicht nur von der Hand in den Mund gelebt hatte, sondern daß auch der schnelle Wohlstand mit Schulden erkaufte worden war. Der Euro wirkte auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder wie ein starkes Beruhigungsmittel, das sie einschläferte: Sie versäumten die Notwendigkeit und Möglichkeit, ihre Wirtschaft an die Entwicklungen des technischen Fortschritts anzupassen. Jede Volkswirtschaft, die das tut, verringert ihre Wettbewerbsfähigkeit, doch jede Volkswirtschaft, in der dies geschieht, hat die Möglichkeit, diese Entwicklung durch Abwertung abzufedern. Das geschieht in einer Weltwirtschaft mit freien Märkten automatisch, weil diese Abwertung durch den Marktmechanismus erfolgt. Die Währungen von Ländern, die mehr importieren als exportieren, werten ab, weil das steigende Angebot ihrer Währung (zum Zweck der Bezahlung der Importe) den Wert (Preis) für diese Währung senkt. Dieser „segensreiche“ Marktmechanismus war mit dem

Euro weggefallen. Alle Euroländer haben mit dem Euro auch die Souveränität aufgegeben, mit der eigenen Leistung den Wert ihrer Währung zu bestimmen. Vor dem Euro-Beitritt hatten sie es selbst in der Hand, durch Geldmengenvermehrung (Inflationierung) und damit verbundener Abwertung ihrer Währung ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Das war mit dem Euro nicht mehr möglich. Aber das merkten sie erst in der Krise. Die schnelle Wohlstandsmehrung – ohne eigene Anstrengungen – hatte ihren Preis gehabt. Die Folge war:

**Die meisten Euro-Länder haben auch heute– 8 Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise – noch immer nicht Volkseinkommen des Jahres 2008 erreicht.**

Seit dieser Zeit, als den Krisenländern wegen ihrer geringen Wettbewerbsfähigkeit und ihren hohen Schulden die Zahlungsunfähigkeit drohte, hatten die ideologisierten Euro-Politiker auch ein Problem. Sie wollten um keinen Preis eingestehen, daß die gemeinsame Währung die eigentliche Ursache des ökonomischen Niedergangs der Euro-Länder war. Sie hatten den Euro von Anfang an als Heilsbringer angepriesen, der allen Europäern Frieden und Wohlstand bringen würde. Diese Politik ist gescheitert, der Euro hat das glatte Gegenteil bewirkt.

Eine beträchtliche Zahl der staatlich alimentierten Ökonomeprofessoren rechtfertigt aber immer noch diese Politik. Ihre Argumente beziehen sie aus einem Flickenteppich selektiver Wahrnehmungen der ihnen genehmen Fakten. So handeln Wissenschaftler, die primär ihrem politischen Weltbild und ihrer Karriere verpflichtet sind, und nicht der Wissenschaft und Wahrheit, geschweige denn ihrem Volk! Das etablierte Mediensystem unterstützt sie tatkräftig, in dem es deren wissenschaftlich verbrämte politische Wertungen kritiklos weiter verbreitet.

### 3.2 „Verbranntes“ Vermögen statt Vermögensaufbau

Nach diesem Ausflug in die politische Wertewelt unserer Zeit, die im Bereich der Sozialwissenschaften die wissenschaftlichen Erkenntnisse und sogar die willkürliche Auswahl der Fakten und damit die Wahrheit maßgeblich gestaltet, wollen wir uns wieder der Behauptung zuwenden, daß die Deutschen ihren Wohlstand verschenken.

Es waren die Berechnungen der „Allianz Global Investors“, die Holger Steltzner dazu veranlaßten. Das Unternehmen hatte das Vermögen ermittelt, das ein (deutscher) Sparer hätte ansammeln können, wenn er von 1992 bis Ende 2014 monatlich 50 Euro in Aktien der DAX 30 Aktiengesellschaften angelegt hätte: Schauen wir uns diese Berechnung an<sup>5</sup>:

Summe Einzahlgen	13.800		In 23 Jahren summieren sich die monatlichen Einzahlungen auf 13.800 €, die Kursgewinne und Dividenden haben in dieser Zeit 22.614 € betragen, so daß der
Kursgw+Dividende	22.614	163,9%	
Endsumme Kapital	36.414	263,9%	
<b>Tabelle 2, Endsumme eingezahltes Kapital</b>			

Wert des gesamten Kapitals Ende Dezember 2014 auf 36.414 € angewachsen wäre. Das eingezahlte Kapital wäre um 163,9 Prozent auf 263 Prozent gestiegen! Das monatlich eingezahlte Kapital hat sich somit mit 7,41 Prozent verzinst. Wer also 1992 einen Rentensparvertrag mit einer monatlichen Einzahlung von 50 Euro abgeschlossen hätte, dessen Kapital hätte sich im Dezember 2014 auf 36.414 Euro erhöht, vorausgesetzt, die Ren-

<sup>5</sup> Siehe F.A.Z., 22.05.2015, Seite 27.

tenversicherung würde die Einzahlungen mit 7,41 Prozent verzinsen. Das ist ein völlig illusorischer Zinssatz, vor allem heute.

Wer heute einen Rentensparvertrag mit monatlicher Einzahlung von 50 Euro mit vergleichbarer Laufzeit abschließt, erhält auf seine Einzahlungen einen Zins zwischen 1 und 2 Prozent. Bei einem Zinssatz von 1 Prozent würde sein Kapital nach 23 Jahren auf 15.521,69 € steigen, bei einem Zins von 2 Prozent wären es 17.533,20 €. Die Auswirkungen des Zinssatzes auf die Endsumme eines angesparten Rentenvertrages zeigt nachstehende Tabelle noch einmal:

Zins	Summe Kap.	Diff in %
1,00%	15.521,69 €	
2,00%	17.533,20 €	113,0%
7,41%	36.408,07 €	234,6%

**Tabelle 3 Vergleich zu normaler Rente**

Im Vergleich zum Zinssatz von 1 Prozent wär das Endkapital bei einem Zinssatz von 2 Prozent um 13 Prozent höher. Bei einem Zinssatz von 7,41 Prozent wäre das Endkapital um 134,6 Prozent höher. Die Beteiligung am Erfolg der deutschen Aktiengesellschaften hätte das Kapital mehr als verdoppelt!

Wieso haben die Deutschen diese Vermögensanlage nicht genutzt? Sind die Deutschen also wirklich so dumm wie Holger Steltzner es behauptet? Nein, keineswegs! Man kann von dem normalen Arbeiter und Angestellten nicht verlangen, daß sie das Wissen finanzpolitischer Profis haben, wie die Zunft der internationalen Finanzinvestoren. Von den deutschen Experten, den sogenannten Investmentbankern, könnte man das schon verlangen. Aber die haben ihre Klientel zum Kauf der hypothekenbesicherten US-Wertpapiere geraten, mit denen sie dann ihr Vermögen verloren haben. Warum hat man den Arbeitnehmern nicht staatlicherseits das Angebot gemacht, einen Teil ihrer Sozialbeiträge – z.B. in Höhe von 50 Euro – in eine genossenschaftlich organisierte Leitstelle zum Kauf und zur Verwaltung deutscher Aktien einzuzahlen? Die Norweger haben doch schon seit 1967 einen vergleichbaren Staatsfonds gegründet? Sie beteiligen sich an deutschem Produktionsvermögen mit Erfolg. Warum haben die deutschen Politiker das nicht geschafft? Denen sollte Herr Steltzner den Vorwurf machen und nicht den „dummen Deutschen“.

Doch der hohe Eigentumsanteil ausländischer – insbesondere angelsächsischer Investoren – hat noch einen anderen wichtigen Grund: Sie zahlen für den Erwerb deutscher Unternehmen und deutscher Wertpapiere weit weniger als die Deutschen selbst! Das können Sie nicht glauben? Das haben Sie noch nie gehört? Und doch ist es so. Der Euro machte das möglich. Wir werden in dieser Abhandlung zeigen, wie das funktioniert. Machen wir uns vorher aber noch ein Bild über die Größenordnung, mit denen die Deutschen Eigentum an den deutschen Unternehmen hätten erwerben können, wenn alle Erwerbstätigen jene 50 Euro aus unserem Zahlenbeispiel in deutsche Aktien investiert hätten: Die Allianz Global Investors errechnete, daß sie ein Aktienvermögen von über 1,2 Billionen Euro angesammelt hätten. Damit hätten sie das komplette Eigentum an den 54 größten Aktiengesellschaften in Deutschland erworben.

Die die deutsche Wirklichkeit war eine andere: Heute gehören mehr als die Hälfte aller Aktiengesellschaften in Deutschland ausländischen, in erster Linie anglo-amerikanische Investoren! Und die bestimmen auch mehrheitlich über das Wohl und Wehe dieser ehemals deutschen Unternehmen und damit über deren und unsere Zukunft. Wie sie das bewerkstelligen, kann man am aktuellen Beispiel der Deutsche Bank anschaulich nachvollziehen:

Die Deutsche Bank war bereits 2005 mit 51 Prozent mehrheitlich in ausländisches Eigentum übergegangen<sup>6</sup>. Als die Großaktionäre aus USA und England jetzt (2015) bei ihrem Versuch, die beiden Vorstände Jain und Fitschen abzuwählen, nur 39 Prozent des Eigenkapitalstimmrechts hinter sich versammeln konnten und somit gescheitert waren, traten die beiden Vorstände wenige Tage danach trotzdem von ihrem Posten zurück. Sie taten das **freiwillig**, meldeten die Medien. Doch was hat sie so unvermittelt dazu veranlaßt, nachdem sie kurz zuvor noch entschlossen waren, ihren Posten weiter zu führen? War doch das Ansinnen der angelsächsischen Finanzinvestoren mit einer Mehrheit von 61 Prozent abgewiesen worden? Diese Frage war für die Medien kein Problem. Kein Problem, obwohl der ehemalige US-Agent Edward Snowden bekannt gemacht hatte, daß der US-Geheimdienst NSA neben den deutschen Politikern auch die deutschen Unternehmen seit Jahrzehnten ausspioniert hat, wie seitdem jedermann weiß. Der Skandal war gerade jetzt wieder neu „aufgekocht“, weil bekannt wurde, daß es der deutsche Geheimdienst BND war, der den Amerikanern die Daten geliefert hat. Pikant ist auch die Auswahl des neuen Vorstandsvorsitzenden. Der wurde vom Aufsichtsrat ernannt (!). Es ist John Cryan, ein Engländer. Nur die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder sind Deutsche. Cryan hatte zuvor schon die Schweizer Bank UBS „auf Vordermann gebracht“, als die USA von der UBS die Herausgabe der Kundendaten von 52.000 US-Bürgern verlangt hatte und die UBS am Ende klein beigeben mußte, weil sie durch den drohenden Einbruch des US-Geschäftes in existentielle Gefahr geraten war<sup>7</sup>.

Wir wissen jetzt, welche Größenordnung der den Deutschen entgangene Gewinn und der damit entgangene Vermögenszuwachs haben. Daß der Kauf der Anteilsrechte nicht den einzelnen Arbeitnehmern überlassen werden kann, sondern im Rahmen seiner Fürsorgepflicht der Staat übernehmen müßte, haben wir ebenso festgestellt. Aber wie kann dieser Kauf funktionieren, wenn das internationale Finanzkapital ebenfalls am Eigentum der deutschen Unternehmen interessiert ist und die Renditeobjekte auch noch um die Hälfte – den Euro-Rabatt – billiger als die Deutschen erwerben können, wie wir auf Seite 4 oben bereits ausgeführt haben. Es wird Zeit, diesen Zusammenhang zu erklären.

Lesen Sie, in der nächsten Artikelfolge auf dieser Weltnetzseite, wie das damals funktioniert und wie es heute (2015) wieder funktioniert

© [www.hpatzak.de](http://www.hpatzak.de)

10.08.2015

---

<sup>6</sup> Quelle: FAZ, 29.11.2005

<sup>7</sup> Siehe detaillierte Berichte in den Tageszeitungen, z.B. „UBS beugt sich den Amerikanern“ in FAZ vom 29.05.2008 Seite, FAZ vom 16.13.08.2009 Seite 10 und FAZ vom 31.05.2013. Seite 1: „Schweizer Banken: Amerikanisches Diktat“.